



Organisierte Kriminalität auf dem Vormarsch – der Staat im Rückwärtsgang?

Es ist nur die Spitze des Eisbergs. Als Ende Juni wieder einmal mit Marxloh ein Duisburger Problemstadtteil in die Schlagzeilen geriet, wurde in den Medien wiederholt von No-go-Areas in den Großstädten von NRW gesprochen.

Was war passiert?

Aus einem alltäglichen Einsatz (Verkehrsunfallaufnahme) hat sich für die eingesetzten Beamten ein bedrohlicher und vielleicht sogar lebensgefährlicher Einsatz entwickelt. Plötzlich rotteten sich bis zu 100 Menschen zusammen, um gegen die Beamten vorzugehen. Grund: Man wollte sich nicht kontrollieren lassen.

Das gab es in Marxloh schon einmal. In den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts konnten Einsätze der Polizei dort überwiegend nur mindestens in Gruppenstärke bewältigt werden.

Kräfte der Bereitschaftspolizei Duisburg und Wuppertal sorgten damals dafür, dass die gebildeten rechtsfreien Räume wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangen konnten.

Damals wie heute waren die Ursachen und die Motive für die Bildung der „No-go-Areas“ gleich gelagert.

Kriminelle Vereinigungen wollten ihre Ruhe haben und schotteten den Stadtteil, der einen sehr hohen Anteil von Migranten aufwies und auch heute noch aufweist, systematisch ab. Die örtliche Polizei schaute anfangs hilflos zu, Einsatzlagen konnten nicht mehr bewältigt werden.

Damals waren es überwiegend Banden türkischer Herkunft. Heute sind längst andere Gruppen hinzugetreten – besonders auffällig sind hier Gruppen libanesischer Herkunft, die in sogenannten Familienclans organisiert sind.

Auch dies ist keine neue Entwicklung. Seit Jahren wird beobachtet, dass diese Familien in den „Markt“ drängen – mit äußerst brutalem Vorgehen.

Was sagt uns die Entwicklung in Duisburg und welche Schlüsse müssen daraus gezogen werden?

Richtet sich die Gewalt, wie in Duisburg geschehen, bei alltäglichen Anlässen gegen die Polizei, kann dies ein Hinweis darauf sein, dass der Kampf der Gruppen um eine bestimmte Vorherrschaft in einem Bereich entschieden ist.

Nach Beendigung des Verteilungskampfes verteidigen dominante Gruppen „ihr Revier“ nach außen – die Polizei ist Eindringling und nunmehr primärer Gegner, den es erbittert zu bekämpfen gilt.

Die Entwicklung ist in Marxloh – aber auch in anderen Städten des Ruhrgebietes – schon weit fortgeschritten. An dieser Stelle hilft nur noch eine massive polizeiliche Präsenz und eine enge Verzahnung von Polizei und Justiz um die entsprechenden Rechtsfolgen erfolgreich umzusetzen.

In die Zukunft gerichtet, ist die Politik gefragt. Die Polizei braucht die entsprechende Personalstärke und auch die notwendigen Instrumente, um den Angriffen auf den Rechtsstaat auch begegnen zu können.

Bereits heute hastet die Polizei von einem Schwerpunkt zum nächsten. Das Bild der zu kurzen Tischdecke ist abgegriffen, bildet aber leider die Situation der Polizei NRW sehr deutlich ab.

Langfristiges Engagement in Schwerpunkten ist nicht möglich, weil das entsprechende Personal fehlt.

Besonders deutlich wird dies aktuell am Beispiel des polizeilichen Engagements im Bereich der Terrorabwehr.

Hier werden unter anderem wichtige Spezialeinheiten (MEK) abgezogen, um der Terrorbekämpfung zur Verfügung zu stehen. Dass dies in anderen Bereichen Defizite entstehen lässt, liegt auf der Hand.



Sascha Gerhardt, geschäftsführender Vorstand, DPoIG-NRW-Schriftführer, Redakteur POLIZEISPIEGEL

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss aber höchste Priorität haben. Das verlangt ein dauerhaft hohes Engagement in diesem Segment. Momentan besteht der Verdacht, dass die Polizei zwischen Rockerkrieg und der Bekämpfung von Mafiastrukturen hin und her eilt – leider ohne nachhaltige Wirkung. Das verunsichert die Bevölkerung, aber auch die Kolleginnen und Kollegen.

Aber auch die Polizei selbst ist gefordert. Junge aber auch erfahrene Beamte stehen dem Gewaltpotenzial von Personenmehrheiten, wie jetzt in Marxloh, im Streifendienst oft wehrlos und ohne ausreichende taktische Fortbildung gegenüber.

Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Das Verhalten gegenüber Personenmehrheiten muss gerade auch für den Wachdienst im Einsatztraining thematisiert werden.

Hierzu sollte das LAFP mit den örtlichen Fortbildungsstellen schnellstmöglich bestehende Konzepte abgleichen und entsprechende Trainings konzipieren.

Die DPoIG NRW wird hier nicht nachgiebig sein. Es gilt, den Rechtsstaat zu verteidigen und die Gesundheit unserer Kollegen zu schützen. ■

Impressum:

Redaktion:

Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)

Tel. 0163.1597230

E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de

Landesgeschäftsstelle:

Dr.-Alfred-Herrhausen-Allee 12

47228 Duisburg

Tel. 02065.701482

Fax 02065.701483

Internet: www.dpolg-nrw.de

ISSN 0723-1822

Den demografischen Wandel gestalten

Nun ist es ein Jahr her, dass sich der Minister für Inneres und Kommunales dazu entschloss, eine Expertengruppe zu bilden, die nicht weniger erreichen sollte, als unter dem Titel „Bürgernahe Polizei – Den demografischen Wandel gestalten“ die Polizei NRW zukunftsfest zu machen.

Minister Jäger betonte damals, dass die Polizei NRW eine bürgernahe Polizei bleiben solle. Trotz der jährlichen Einstellung von 1 500 Studierenden war auch im vergangenen Jahr bereits klar, dass dies nicht reichen würde, die bevorstehenden hohen Pensionierungszahlen zu kompensieren.

Ab dem Jahr 2017 wird es unweigerlich weniger Neueinstellungen als Zuruhesetzungen geben.

Die Expertenkommission, bestehend aus den Polizeipräsidenten a. D. Hubert Wimber (Münster), Wolfgang Albers (Köln) sowie Thomas Hendele (Landrat Kreis Mettmann) und dem wissenschaftlichen Berater Dr. Jürgen Weibler (Fernuniversität Hagen), hatte zur Aufgabe, die Polizeiorganisation, die Personalstärke, die Perso-

nalverwendung sowie die Aufgaben der Polizei zu analysieren und Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Im vergangenen Monat veröffentlichte die Expertenkommission ihren Abschlussbericht.

Das umfangreiche Papier wurde Politik und Berufsverbänden zu entsprechenden Stellungnahmen zugeleitet.

Die DPoIG NRW wird bis August eine Stellungnahme fertigen und dem Ministerium für Inneres und Kommunales zu leiten.

Insofern soll an dieser Stelle keine abschließende Bewertung des Papiers erfolgen.

Dennoch gilt es bereits jetzt, bestehende Ziele und Positionen der DPoIG NRW in kurzer

Form mit einigen Kernaussagen der Expertenkommission abzugleichen.

Die demografische Entwicklung, so die Expertenkommission in ihrer Einleitung, stellt in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für die Polizei NRW dar. Wichtigstes Ziel sei es, die Polizei auch nach 2017 bürgernah und leistungsstark zu erhalten.

Insofern unterstellt die Expertenkommission durch ihre Beschreibung der Ausgangslage der Polizei des Jahres 2015, bürgernah und leistungsstark zu sein.

Auch die DPoIG NRW schätzt die Polizei NRW als leistungsstark ein. Allerdings wird diese Leistungsstärke unweigerlich durch eine fortdauernde Überlastung des Personals erkaufte.

Die Anzahl der Überstunden der Polizeibeamtinnen und -beamten entspricht einem Stellenäquivalent von rund 2 000 Polizeibeamten/-innen!

Betrachten wir die Bürgernähe, muss attestiert werden, dass

die Polizei NRW gerne bürgernah agieren würde.

Aufgrund des bereits heute fehlenden Personals und fortschreitender Belastung mit zusätzlichen Aufgaben, ist die Polizei in den Ballungsräumen schon heute eine reine Einsatzbewältigungspolizei – Bürgernähe ist hier ein frommer Wunsch, fern jeder Realität!

Wer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Polizeibeschäftigten hat und die Stimmen zur Expertenkommission in den vergangenen Monaten wahrgenommen hat, konnte immer wieder vernehmen, dass die Anhebung der Lebensarbeitszeit als kurzfristige Lösung der kommenden Personalverknappung befürchtet wurde.

Hierzu aber bleibt die Expertenkommission erstaunlich wortkarg. Sie analysiert zwar die Potenziale, spricht aber keine Empfehlung aus.

Lediglich der Aspekt der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird angesprochen. >>

Hubert Wimber ...

... wurde im Jahre 1998 Polizeipräsident von Münster.

Er war bundesweit der erste Polizeipräsident, der ein Parteibuch von Bündnis 90/Die Grünen innehatte.

Bereits kurz nach Amtsantritt musste er die Herausforderung meistern, als „Grüner“ einen Atommülltransport in das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) zu gewährleisten.

Herr Wimber formulierte im Jahr 2012 unter anderem die Forderung, die Polizei solle keine Bagatellunfälle mehr aufnehmen.

Diese aufgabenkritische Auseinandersetzung brachte ihm viel Kritik, aber auch entsprechende Aufmerksamkeit ein.

Inbesondere gelang ihm aber durch diesen Vorstoß, dass sich die breite Öffentlichkeit mit dem Thema „Aufgaben der Polizei“ auseinandersetzte.

Die Diskussion hält bis heute an und mündete in der Bildung der Expertenkommission, die unter dem Arbeitstitel „Wimber-Kommission“ öffentliche Beachtung erlangte.

Da Hubert Wimber im Juni 2015 in den Ruhestand verabschiedet worden ist, war die Mitarbeit an der Expertenkommission seine letzte große dienstliche Herausforderung.

Als Ruheständler zieht er sich aber keineswegs aus der Öffentlichkeit zurück. Bereits als aktiver Polizeipräsident äußerte er seine kritische Haltung zum Verbot „weicher Drogen“. Nun will er sich dem Thema intensiver widmen – aus dienstrechtlichen Gründen wurde ihm dies in der aktiven Zeit als Polizeipräsident verwehrt.

Die DPoIG NRW wird das zukünftige Aufgabenfeld von Hubert Wimber konstruktiv kritisch begleiten.

Für den neuen Lebensabschnitt wünscht der DPoIG-Landesverband NRW alles Gute.

Hier erwartet die Kommission eine Rückkehr zu dem unter der schwarz-gelben Regierung eingeführten Prinzip der individuellen Entscheidung der Betroffenen, ob sie länger arbeiten wollen.

Gerade an dieser Stelle hätte die DPoIG NRW eine klarere Position von der Expertenkommission erwartet. Bei allen Verlockungen in Bezug auf (hypothetische) Stellenpotenziale wäre eine generelle Anhebung der Altersgrenze unverantwortlich. Nicht zuletzt bei Betrachtung der bestehenden Erhebungen zu Fehlzeiten aufgrund von Krankheit sowie Belastungsanalysen hätte es hier eine klare Positionierung nicht nur geben sollen, sondern müssen!

In ihrem Fazit kommt die Kommission insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigt werden können.

Als Königsweg hierzu bezeichnet die Kommission den Wegfall von Aufgaben, für die die Polizei nur subsidiär zuständig ist. Nach Angaben der Kommission würden hierbei Synergien im vierstelligen Bereich erzielt.

Hier deckt sich die Einschätzung der Expertenkommission in vielen Bereichen mit der Haltung der DPoIG NRW.

Bereits vor Veröffentlichung des Berichts hat die DPoIG NRW in der Ausgabe „Juni 2015“ ausführlich ihre Haltung hierzu dargelegt.

Überdies regt die Kommission den Wegfall des Objektschutzes für die Polizei an. Hier hat die DPoIG NRW schon über viele Jahre vertreten, dass die Aufgabe des Objektschutzes keine originäre Aufgabe für Polizeibeamte sein muss.

Gleiches gilt für die Begleitung von Schwertransporten – hier fordert die DPoIG schon seit vielen Jahren eine Privatisierung.

Anders sehen verhält sich dies bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen – hier hat die DPoIG NRW schon seit vielen Jahren (2012 hat Herr Wimber erstmals die Forderung erhoben, die Bagatellunfälle nicht mehr von PVB aufnehmen zu lassen) eine konträre Position vertreten.

Die DPoIG NRW hat auch in der Vergangenheit schon viele Vorschläge unterbreitet, welche der Polizei NRW eine erhebliche Arbeiterleichterung und damit auch Synergien erbracht hätten (zum Beispiel Halterhaftung bei Verkehrsverstößen und so weiter).

So wird in der Analyse zum Expertenbericht auch die Gelegenheit genutzt, diese Aspekte wieder in den Fokus der Diskussion zu rücken und so dazu beizutragen, dass die Polizei zukünftig leistungsstark ist, ohne ihre Mitarbeiter dauerhaft zu überfordern, und zudem wieder die Bürgerorientierung erfährt, welche die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Polizei erwarten und die auch von den Kolleginnen und Kollegen gewünscht ist!

BKV – Belastungsbezogene Kräfteverteilung

Jedes Jahr, zeitnah vor dem landesweit einheitlichen Versetzungstermin, werden die Zuweisungen der Kolleginnen und Kollegen an die Behörden verbindlich geregelt. Jeder hat schon von dem Instrument zur Steuerung des Nachersatzes, BKV – Belastungsbezogene Kräfteverteilung, gehört. Aber nicht jeder weiß, was sich eigentlich dahinter verbirgt.



Sicher muss man nicht im Detail jede Kommastrichstelle der Personalzuweisung auch nachrechnen können. Allerdings sollte eine gewisse Kenntnis über diesen wichtigen Prozess doch vorhanden sein.

Zumindest wenn man vermeiden möchte, dass man die BKV nur auf Stammtischniveau diskutieren kann.

In der Regel laufen solche Diskussionen schematisch relativ gleichförmig ab. Irgendwann

kommt die Klage über zu wenig Nachersatz in der eigenen Behörde, während sich andere Behörden vollgesogen haben ...

Die DPoIG NRW will an dieser Stelle Licht ins Dunkel bringen und so dazu beitragen, dass Kritik in Bezug auf die Nachersatzquote sachgerecht geäußert werden kann.

Ausgangsgröße für die Berechnung der Stellenzuweisungen sind 37 500 Stellen für Beamte – davon 478 Stellen höherer

Dienst und 37 022 Stellen gehobener Dienst sowie 4 000,83 Stellen für Regierbeschäftigte.

Betrachtet man die Zielsollstärken im Beamtenbereich, verteilt auf die einzelnen Behörden, erkennt man, dass in den meisten Behörden ein Rückgang zu verzeichnen ist. Dieser fällt mal geringer (zum Beispiel Gütersloh mit -0,12) und mal größer (zum Beispiel Wesel mit -13,66) aus.

Einige Behörden weisen aber auch geringe (Gelsenkirchen +0,10) bis größere Zuwächse (Düsseldorf +19,03) auf.

Aber wie kommt es zu diesen unterschiedlichen Verteilungszahlen? Wieso reduziert sich bei einzelnen Behörden die Stärke, während andere Behörden personell wachsen? Hier lohnt ein Blick auf die Systematik der Verteilung:

Der Begriff „Belastungsbezogene Kräfteverteilung“ weckt die

Assoziation, dass die Nacher-satzquote der einzelnen Behör-den alleine auf Grundlage der Kriminalitätsbelastung erfolgt.

Das ist allerdings nicht so. Vor der belastungsorientierten Ver-teilung des Personals steht näm-lich die Zuweisung von Kräften aufgrund besonderer Aufgaben.

Dies sind die sogenannten Sockelstellen.

Diese werden den Behörden zugewiesen, können aber nicht frei durch die Behörden nach Belieben irgendwelchen Auf-gaben zugeordnet werden. Eine Sockelstelle ist zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie auch vom Ministerium zu-gewiesen wurde.

Beispiele für Sockelstellen:

- > Bezirksdienst
- > Personen- und Objektschutz,
- > Finanzermittlungen
- > Staatsschutz
- > Kriminalprävention/ Opferschutz (KPO)
- > Verkehrsunfallprävention (VUP)
- > Einsatzhundertschaft und viele mehr

Hier wird deutlich, dass ein großer Teil der zuzuweisenden Planstellen vergeben wird,

ohne dass es der eigentlichen Belastung einer Behörde im Vergleich zu anderen Behörden zuzuweisen wäre.

Aber auch die Zuweisung von Sockelstellen erfolgt nicht will-kürlich.

Die Stellen Bezirksdienst, KPO und VUP sind unmittelbar ab-hängig von der Bevölkerungs-entwicklung innerhalb einer Behörde.

Hiernach wird einer Behörde je 10 000 Einwohner eine Stelle für den Bezirksdienst zugewie-sen.

Im Bereich der VUP und KPO sind dies 50 000 Einwohner je zugewiesener Stelle.

Die Sockelstellen für die Ein-satzhundertschaften ergeben sich aus dem entsprechenden Bund-Länder-Abkommen.

Die Größenordnung der ande-ren Sockelstellen werden nach strategischen Gesichtspunkten für die Bewältigung der Aufga-ben festgelegt und den Behör-den zugewiesen.

Gegenwärtig wird dies beson-ders bei der Zuweisung der Stellen „Staatsschutz“ zur Be-wältigung der Gefahren des

islamistischen Terrorismus deutlich.

Hier wurden den Behörden, in denen besondere Aktivitäten islamistischer Gruppierungen zu verzeichnen sind, sowie dem LKA zur Bewältigung ihrer Aufgabe entsprechende Stellen zugewiesen.

Dass diese Stellen anderen Be-hörden bei der belastungsbe-zogenen Verteilung fehlen, liegt auf der Hand.

Anhand des genannten Bei-spiels soll deutlich werden, dass die tatsächliche Kriminali-täts-, Verkehrsunfall- und Ein-satzbelastung bei der Zuwei-sung des Personals erst nach Bewertung der Sockelstellen Relevanz hat. Und so erklärt sich auch, wieso einige Behör-den Zuwächse und andere Be-hörden Personalreduktionen erfahren.

Nachdem die Sockelstellen verteilt sind, werden anhand der Belastung der einzelnen Behörden in den Feldern Kri-minalitätsbekämpfung, Ver-kehrsunfallbekämpfung, Wachdienst, Technik sowie allgemeine Verwaltung die Stellenzuweisungen gemäß der zugrunde liegenden Be-lastung vorgenommen.

Auffällig ist hierbei, dass im Jahr 2015 sowohl im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung (-51,50) als auch im Bereich des Wachdienstes (-72,18) Ein-buß zu verzeichnen sind.

Diese Defizite ergeben sich aus der Erhöhung der Sockelstel-lenanteile.

Festzuhalten bleibt, dass die einzelnen Behörden nach Auf-fassung der DPolG NRW defini-tiv zu wenig Stellenzuweisun-gen erfahren. Die Form der Ver-teilung erfolgt jedoch nicht willkürlich, sondern nach einem festgelegten Verfahren, das seit vielen Jahren als Grundla-ge für die Zuweisung des Per-sonals Verwendung findet.

Insofern bleibt die Forderung der DPolG NRW nach Erhöhung der Einstellungszahlen bestehen, da diese die einzige Größe darstellt, die eine positive Veränderung der Personalbestände in den einzelnen Behörden nach sich ziehen kann. Hier hat die DPolG NRW immer wieder auch dar-auf hingewiesen, dass es eben-so gilt, den Pool der Bewerber zu vergrößern. Dies kann gelin-gen, indem man auch, gemäß rheinland-pfälzischem System, Realschüler zur Bewerbung zu-lässt, ohne von der zweigeteil-ten Laufbahn abzurücken. ■

Verabschiedung des Inspektors der Polizei des Landes NRW, Dieter Wehe

In einem Festakt mit zahlrei-chen Gästen aus Politik und Polizei wurde Dieter Wehe am 11. Juni 2015 vom Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger, in den Ruhestand verab-schiedet.

Dieter Wehe wird weiterhin der Arbeitsgruppe Internati-onale Polizeimissionen vor-

sitzen. Neuer Inspekteur der Polizei wird Bernd Heinen, der auch bereits Dieter Wehe in Abwesenheit ver-treten hat.

Der Vorstand der DPolG NRW wird sich in Kürze zu einem An-trittsbesuch mit Bernd Heinen treffen und die gute Zusam-menarbeit fortsetzen. ■



Der ehemalige Inspekteur der Polizei NRW, Dieter Wehe (links), mit dem Landesvorsitzen-den der DPolG NRW, Erich Ret-tinghaus, auf dem Bundeskon-gress der DPolG 2015 in Berlin.

Dieter Wehe ...

... hat als Inspekteur der Polizei des Landes NRW seit 2002 maßgeblich die Polizei in allen Facetten beeinflusst.

Wesentliche Entscheidungen hat er viele getroffen – die Einführung des Direktionsmodells als verbindlicher Aufbau für alle Polizeibehörden hat aber wohl in der Breite die größte Wirkung hinterlassen und wird daher untrennbar mit seiner Amtszeit in Erinnerung bleiben.

Zudem ist er verantwortlich für die Herauslösung der Polizei aus den Be-zirksregierungen und der Schaffung der Landesoberbehörden LAFP und LZPD in ihrer heutigen Form.

Angefangen hat aber alles ganz unspektakulär – 1970 im mittleren Dienst bei der Polizei in Köln. Nach dem Aufstieg in den gehobenen Dienst übte er in Dortmund die Funktion des Dienstgruppenleiters aus. Zudem war er als Fachlehrer und Zugführer in der Ausbildung in der BPA in Bork tätig. Der höhere Dienst führte ihn als Schutzbereichsleiter nach Wuppertal und Hamm.

1991 ging es nach Brandenburg – dort war er für den Aufbau der Polizei-schule verantwortlich. Anschließend übernahm er, zurück in der Heimat, die Leitung des Ständigen Stabes in Dortmund.

Dass er breit aufgestellt war, unterstreicht seine Wirtschaftshospitation bei Kienbaum – die dort gewonnenen Eindrücke sollten sich prägend auf zukünftige Entscheidungen auswirken.

Nach weiteren Stationen zog es ihn in das Innenministerium.

Zunächst übernahm er das Referat „Einsatz“ und wurde bereits kurze Zeit später zum Inspekteur der Polizei des Landes NRW ernannt. Dieses Amt übte er 13 Jahre aus und prägte so maßgeblich die Polizei NRW.

Besonderes Augenmerk legte Dieter Wehe auf die Auslandsmissionen, an denen Beamte aus NRW beteiligt waren.

Auch im Ruhestand wird er als Vorsitzender der Bund-Länder-AG „Auslandsmissionen“ in diesem Bereich erhalten bleiben.

Die DPolG NRW dankt Herrn Dieter Wehe für die gute Zusammenar-beit in den vergangenen Jahren und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und insbesondere eine zufriedene und gesunde Zeit im nun be-gonnen neuen Lebensabschnitt.

DPolG KV LKA neu aufgestellt

Der DPolG Kreisverband LKA führte Ende Juni seine Jahreshauptversammlung durch. Im Rah-men der Veranstaltung fanden auch Vorstandswahlen statt. Diese brachten dem Kreisverband ein vollkommen neues Erscheinungsbild.

Neuer Vorsitzender ist **Tobias Barthelt**. Neben Tobias Barthelt sind im Vorstand: **Michaela Luczak** (stellvertretende Vorsitzende), **Tanja Gillner** (Geschäftsführerin und Schriftführerin), **Wilhelm Tillmann** (Schatzmeister), **Mario Albrecht** (1. Beisitzer).

Der Redakteur des POLIZEISPIE-GELS, Sascha Gerhardt, nahm die Neuwahlen zum Anlass, um ein Interview mit dem neu-en Vorsitzenden zu führen.

POLIZEISPIEGEL: Tobias, zunächst einmal herzli-chen Glückwunsch zur Wahl des 1. Vorsitzenden des DPolG KV LKA. Bitte erzähle uns doch

etwas über Deinen polizeili-chen Werdegang, denn sicher bist Du noch nicht jedem be-kannt.

Tobias Barthelt: Vielen Dank für die Glückwün-sche.

Beim LKA bin ich seit dem 1. Juni 2015. Zuvor habe ich



1. Beisitzer Mario Albrecht, 2. Vorsitzende Michaela Luczak, 1. Vorsitzen-der Tobias Barthelt (von links)

von 2012 bis Ende Mai dieses Jahres in der Wache Präsidium beim PP Duisburg Wach- und Wechseldienst versehen.

POLIZEISPIEGEL: Seit wann bist Du Mitglied in der DPolG und was hat Dich bewogen, nun die Verantwor-tung für den Kreisverband LKA zu übernehmen?

Tobias Barthelt: Ich bin seit dem 1. April 2014 Mitglied in der DPolG.

Erste Erfahrungen in der ge-werkschaftlichen Arbeit habe ich bereits in Duisburg im Wachdienst gesammelt. Aufgrund der vakanten Stel-le des KV-Vorsitzenden be-zieungsweise durch den Rücktritt des gesamten Vor-standes kurz vor meinem Wechsel zum LKA bot sich die Chance, mit einem neuen und motivierten Team etwas Neues aufzubauen und so meine gewerkschaftliche Arbeit fortzusetzen.

POLIZEISPIEGEL:
Das hört sich nach einer ambitionierten Aufgabe an – das Umfeld erscheint schwierig.

Tobias Barthelt:
Der Ruf der DPolG im LKA erschien mir vom Hörensagen in meinen ersten Tagen als „beschädigt“, weshalb es zunächst nur das Ziel sein kann, unseren Ruf wieder ins rechte Licht zu rücken und vor allem durch die Gewinnung von neuen Mitgliedern im Rahmen diverser Ver-

setzungen, aber auch durch Überzeugungsarbeit die DPolG hier im Haus neu aufzustellen.

POLIZEISPIEGEL:
Auf welche Weise willst Du die Kollegen beim LKA überzeugen?

Tobias Barthelt:
Ich werde versuchen, mich möglichst breit beim LKA bekannt zu machen. Grundlage sollen insbesondere Aktivitäten und Veranstaltungen sein, die in der Vergangenheit gar

nicht oder aber nur selten organisiert und durchgeführt wurden.

POLIZEISPIEGEL:
Das ist ein anspruchsvoller Plan – auf welche Helfer kannst Du hierbei bauen?

Tobias Barthelt:
Der gesamte neu gewählte Vorstand fungiert als ständiger Ansprechpartner. Zudem haben wir bereits enge Kontakte zur Fachgruppe K der DPolG

NRW geknüpft. Hierdurch werden wir breite Themenfelder repräsentieren können. Wir sind guter Dinge, dass dies bei den Kolleginnen und Kollegen des LKA auf Interesse stoßen wird.

POLIZEISPIEGEL:
Vielen Dank für das Interview. Wir wünschen Dir und dem gesamten Vorstand viel Erfolg, aber auch Freude in der neuen Funktion.

Unser Nachmittag mit Luca

Wie die DPolG aktiv und unkompliziert helfen konnte

Am Samstag, dem 13. Mai 2015, fand im LAFP Stukenbrock eine Veranstaltung zugunsten von Luca statt. Luca ist der Sohn eines Kollegen aus Bielefeld. Ihm soll durch Spenden eine Delfintherapie ermöglicht wer-

den. Was zunächst eine Idee der Kantinenpächterin Elena Gaidies und ihrem Mann Achim war, nahm im Laufe der letzten Wochen und Monate eine Dimension an, die wirklich großartig war. Es wurden diverse



Luca und Winni vor dem US-Streifenwagen des KV Köln.

Attraktionen für Kinder und Erwachsene arrangiert. So besuchte unter anderem auch unser Mitglied Winni Kaspar (KV Köln) mit seiner Biggi, die kurzerhand private Termine umlegten, spontan diese Benefizveranstaltung mit dem amerikanischen Streifenwagen der DPolG Köln. Dank des Einsatzes von Winni und Biggi konnte die DPolG und die Stiftung den Eltern von Luca eine Spende übergeben und somit auch

einen Teil zur Therapie beitragen.

Insgesamt gilt der Dank der Veranstalter allen Unterstützern. Herauszuheben war die absolut positive Rückmeldung aller Besucher für das Engagement der DPolG.

Vielen Dank an die unkomplizierte und schnelle Unterstützung durch die KV Bielefeld, Köln und des LAFP!

Der US-Streifenwagen ...

... des DPolG KV Köln ist ein Ford Crown Victoria P 71, Baujahr 2001.

Es handelt sich hierbei um eine Legende unter den US Police Cars. Der Kölner Wagen befindet sich in komplettem Originalzustand mit deutscher Straßenzulassung.

Das Fahrzeug war ursprünglich im Einsatz der Miami Dade Police.

Durch einen Sammler wurde es nach Deutschland überführt.

Im Februar 2015 wechselte es den privaten Eigentümer und wurde zum offiziellen Meet & Greet Car der DPolG Köln.

Im „City of Cologne (CGN) Police Department“-Outfit kann es inklusive Chauffeur für Veranstaltungen, Hochzeiten, Verabschiedungen und so weiter gemietet werden.

Seit der Übernahme durch den KV Köln wurde das Fahrzeug schon auf Benefizveranstaltungen in Stukenbrock, Mönchengladbach und dem Oberbergischen Kreis eingesetzt.

Gerne kommen Vertreter des KV Köln auch mit einem DPolG-Stand und den entsprechenden Produkten, um eine starke Öffentlichkeitswirkung herzustellen. Anfragen sind erwünscht und können direkt über den Kreisvorsitzenden Winfried Kaspar gestellt werden.

Mehr dazu auch unter www.cops-koeln.de.



Der „Kaiserwagen“ durfte nicht fehlen. Der Schwebebahnlauf verlief natürlich längs der Schienentrasse der Hochbahn.

Schwebebahnlauf in Wuppertal

– Der hat mittlerweile Tradition

Seit einigen Jahren findet dieser spezielle Firmenlauf einmal jährlich in Wuppertal-Elberfeld statt. Dieses Jahr verlagerten die Veranstalter den Lauf erstmals in den Stadtteil Barmen, da die ursprüngliche Strecke durch eine Baustelle nicht passierbar war.

Aber der Lauf hat nicht nur bei den Wuppertaler Unternehmen Tradition – seit einigen Jahren startet auch ein Team des PP Wuppertal unter dem Namen „Team 110“.

Ursprüngliche Absicht der Wuppertaler Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher war es vor einigen Jahren, 110 Starter aus dem Präsidium zu mobilisieren. Dazu hat es nie ganz gereicht – aber weniger als 70 Starter waren es in all den Jahren auch nicht.

So fanden auch in diesem Jahr wieder über 70 Kollegin-

nen und Kollegen in ihrer Freizeit, angeführt von ihrer Chefin, den Weg ins Tal, um mit rund 4 200 weiteren Läuferinnen und Läufern bei über 30° Celsius und erheblicher Schwüle die genormte Strecke über 5 000 Meter zu bewältigen.

Für das „Team 110“ galt es, den Titel des schnellsten Teams zu verteidigen, denn die Zeiten der besten drei Läufer einer Mannschaft werden addiert und so ins Verhältnis zu den anderen Mannschaften gesetzt.

Und erneut zeigten die Beamten des PP Wuppertal, dass an ihnen kein Weg vorbeiführt.

Mit über einer Minute Vorsprung vor dem zweitplatzierten Team errangen die Polizisten zum wiederholten Mal die begehrte Trophäe eines Wuppertaler Künstlers.

Das Wahrzeichen ...

... der Stadt Wuppertal ist nicht nur Namensgeberin für den Firmenlauf. Sie ist wahrscheinlich eines der berühmtesten Verkehrsmittel der Welt.

Eingeweiht wurde die „Einschienehängbahn“, die von ihrem Erfinder Eugen Langen „Schwebebahn“ genannt wurde, im Jahr 1901. Seitdem „schwebt“ die Bahn von einem Ende (Wuppertal-Oberbarmen) über 20 Haltestellen zum anderen Ende (Wuppertal-Vohwinkel) durch das Tal der Wupper.

Staus sind der Bahn fremd – daher erfreut sich die Bahn, die in der Spitze im Zwei-Minuten-Takt fährt, insbesondere bei Berufspendlern großer Beliebtheit.

Im Jahr 2015 wird der komplette Fuhrpark der Bahn ausgetauscht, sodass 31 neue Fahrzeuge in Betrieb gehen sollen.

Nicht ausgemustert werden die beiden noch erhaltenen Fahrzeuge der ersten Baureihe – die sogenannten „Kaiserwagen“.

Diese historischen Wagen sind seit 1901 in Betrieb und werden insbesondere zu repräsentativen Zwecken wie Eheschließungen, aber auch Betriebsfeiern und so weiter genutzt.

„Kaiserwagen“ heißen die Züge, weil Kaiser Wilhelm II. anlässlich seines Besuches in den Städten Barmen und Elberfeld seinerzeit bereits mit der Schwebebahn fuhr.

Obschon die Schwebebahn, gemessen an der Zahl der beförderten Passagiere, das sicherste Verkehrsmittel der Welt ist, kam es im Jahr 1999, aufgrund menschlichen Versagens im Zuge von Bauarbeiten, zu einem schweren Unfall mit tödlich verletzten Passagieren.

Einer der spektakulärsten Unfälle ereignete sich am 21. Juli 1950. Zu Werbezwecken sollte der Elefant „Tuffi“, der dem Zirkus Althoff gehörte, in der Schwebebahn mitfahren. Nach wenigen Metern überlegte es sich das Tier aber anders, durchbrach die Seitenwand der Bahn und stürzte mehrere Meter tief in die Wupper. Benommen, – aber ansonsten nicht schwer verletzt, konnte das Tier dort geborgen werden. Dieser „Zwischenfall“ machte die Bahn endgültig weltberühmt.



Gerhardt

> Sieger der Mannschaftswertung „Team 110“: Ralf Brambring, Jochen Ziemann, Lars Vorsteher (von links)

Auf Platz drei folgte – welch Überraschung – ebenfalls das „Team 110“. Denn auch die nächsten drei Angehörigen der Polizeimannschaft waren so schnell, dass sie in der Addition vor den weiteren Teams platziert waren – das war ein Novum bei dieser Veranstaltung.

Dass die ebenfalls gestartete Fußballmannschaft des Wuppertaler SV von den Polizisten regelrecht stehen gelassen

wurde, ist schon fast keiner Erwähnung wert.

Beachtlich waren aber auch die individuellen Leistungen. Die Siegerzeit von 15.56 Minuten konnte zwar keiner der Starter des „Teams 110“ gefährden. Dennoch erreichte Jochen Ziemann als schnellster Polizist in der Zeit von 16.42 Minuten einen beachtlichen fünften Gesamtplatz. Ebenfalls unter die ersten zehn kamen Lars Vor-

steher (16.55 Minuten) und Ralf Brambring (17.24 Minuten).

Deutlich unter 20 Minuten blieb auch die schnellste Polizistin, Katharina Aßbeck, mit 19.26 Minuten. Eine klasse Zeit, die in der Damenwertung zu einem zweiten Gesamtplatz reichte.

Mit Ann-Kathrin Fütterer erreichte eine weitere Starterin des „Team 110“ bei den Damen

mit Gesamtplatz fünf ein Spitzenresultat in dem großen Feld!

Nicht ganz vorne, aber mit einem 15. Gesamtplatz in einer Zeit von 17.39 Minuten erzielte Sascha Gerhardt aus dem geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG NRW ebenfalls ein gutes Resultat. In der Altersklassenwertung reichte die Zeit zu einem dritten Gesamttrang und unter den teilnehmenden Polizisten immerhin zu Platz vier.

Der Breitensportliche Aspekt, den die Veranstaltung ursprünglich für sich reklamiert hat, kam aber auch nicht zu kurz. Auszubildende, Pensionäre und Rentner – bei dem toll organisierten Lauf waren alle Altersgruppen am Start. Und genau dieses Spektrum bildete auch das „Team 110“ ab.

Ein tolles Zeichen und gelebter Teamgeist, garniert mit beachtlichen Spitzenleistungen – das kann wohl als Resümee für das „Team 110“ stehen bleiben. ■

Große Bestürzung, tiefe Trauer und aufrichtiges Mitgefühl für die tödlich verunglückten Kollegen der Autobahnpolizei Bielefeld

Am 2. Juli 2015 verloren eine 46-jährige Kollegin und unser langjähriges Mitglied Ludger Bürger im Dienst ihr Leben auf der A 44 bei einem schrecklichen Verkehrsunfall. Unsere Betroffenheit ist groß und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen. Ludger Bürger war ein hervorragender Polizeibeamter, ein immer hilfsbereiter Kollege, der jedem mit Rat und Tat zur Seite stand, sowie ein sehr guter Freund, mit dem ich über Jahre als Lehrender in der Ausbil-



DPoIG NRW

dung zusammen Dienst versehen durfte. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft, die ich sehr zu schätzen weiß. Sein Weggang wird bei vielen Menschen, wie auch bei mir, eine große Lücke hinterlassen und lange Zeit brauchen, um darüber hinwegzukommen. Wir werden Dich immer in unserer Erinnerung behalten.

Jürgen Franke,
stellvertretender
Landesvorsitzender